

1 Start ...

1.1 Vorwort zur Buchreihe

Politik ist zu einer Sache der Taktik, der Orientierung an Minimalzielen und eigenen Vorteilen geworden. Politische Gruppen sind dabei wichtiger und stabilisierender Bestandteil des Herrschaftssystems, das Demokratie heißt und sich nur in wenigen Details von Diktaturen unterscheidet, vor allem in der Frage, die die HerrscherInnen ausgewählt und ausgetauscht werden. Die Mechanismen der Herrschaft sind immer dieselben: Setzung des geltenden Rechts, ökonomische Abhängigkeit, direkte Unterdrückung, gerichtete Kommunikation und Bildung, Vermittlung von herrschaftsstützenden Wertkategorien und Menschenbildern. Politische Bewegung, die eine Veränderung dieser herrschenden Logik will, muß diese Herrschaft aufdecken, direkt oder symbolisch angreifen und Alternativen beschreiben. Das aber geschieht kaum. Tatsächlich setzen fast alle politischen Forderungen auf Markt und/oder Staaten, fordern deren Handeln ein und damit oftmals den Ausbau von Herrschaft. Im Umweltschutz reichen sie von der Ökosteuer über besser gesicherte Schutzgebiete und härtere Strafen bis zu mehr Umweltthemen in den Zwangssystemen Schule oder Fernsehen. Immer ist mehr Staat, sind neue Behörden und Kontrollen gefragt oder mehr Markt, mehr ökonomische Orientierung von Gesellschaft und Alltag. Dem stehen politische AkteurInnen in anderen Themen nicht nach. Auch ihre Vorschläge appellieren für mehr staatliche Kontrolle und Eingriffe oder für die Stärkung herbeiphantasierter Marktkräfte. Diese Logik ist immer vorhanden, gleichgültig ob ihre Forderungen nun Tobin Tax oder mehr Polizei und Gefängnis für Nazis oder sexuelle Gewalttäter lauten, ob sie sich für neue oder bestehende Staaten einsetzen oder humanitären Kriegsführung und den damit verbundenen internationalen Gerichtshof vorschlagen. Es geht immer um Macht – um mehr Macht und um die eigene Beteiligung an der Macht. Herrschaftskritische, also emanzipatorische Politik ist verkümmert.

In dieser Buchreihe sollen Strategien der Organisation emanzipatorischer Politik vorgestellt werden. Wir wollen kritisieren, diskutieren und entwickeln und sind offen für viele Ideen und weitere AutorInnen. Die Vorschläge sollen unverfälscht bleiben – Vorschläge aus verschiedenen Richtungen, keine Kompromißtexte, sondern klare Positionen, die auch gegeneinander stehen können.

Die Bücher sollen Theorie für die Praxis sein, hinter jedem Text steht mehr als bedrucktes Papier. Die AutorInnen sollen aus der politischen Debatte und der politischen Praxis kommen – genau die Verbindung ist die Kunst. Die Koordination liegt in der Projektwerkstatt in Saasen – einem Haus, das schon von der Raumaufteilung der Projekträume und des Seminarhauses den Versuch ausstrahlt, Herrschaft abzubauen. Die Archive und die Diskussionen, an denen die AkteurInnen um die Projektwerkstatt beteiligt sind, bilden den Rahmen des Buchprojektes.

Wer daran mitwirken, Kritik oder Vorschläge vorbringen oder einfach nur Kontakt aufnehmen will, kann das gerne tun:

Projektwerkstatt

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen

Tel. 06401/90328-3, Fax -5

projektwerkstatt@apg.lahn.de, www.projektwerkstatt.de/saasen

Diskussions- und Infoseiten: www.hoppetosse.net

1.2 Vorwort zum ersten Buch „Reich oder rechts?“

Dieses Buch ist der Beginn der Reihe. Es widmet sich am Beispiel der Umweltbewegung der ganz konkreten Verfassung von politischer Bewegung. Es durchleuchtet im Detail die Abhängigkeitsverhältnisse und politischen Strategien von großen Verbänden bis Basisgruppen. Dabei stützt es sich auf die aktualisierten Daten des vor vier Jahren erschienen Buches „Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz“. Die Entwicklung seitdem gibt allen negativen Befürchtungen recht, die damals schon im Buch standen:

- Die Ausrichtung der Umweltschutzverbände an marktförmigen Ökostrategien hat sich vervollkommnet und dominiert konkurrenzlos die Umweltdebatte.
- Die Grünen haben erwartungsgemäß die Beteiligung an der Bundesregierung erreicht und ihre Ökokonzepte so umgesetzt wie angekündigt. Die Enttäuschung in der öffentlichen Wahrnehmung zeugt von der schlechten politischen Analyse in Medien, Umweltverbänden und unabhängigen Gruppen.
- Die Modernisierung der Verbände zu sogenannten „NGOs“ hat sich weiter fortgesetzt. Hinzu sind kleine, moderne Bürogruppen gekommen, die Lobbyarbeit bei Staat und Wirtschaft betreiben, PR-Kampagnen zu notwendigerweise stark vereinfachten Vorschlägen, aber intensiver Spendenwerbung starten und sich aus den Zuschußtöpfen der Regierungen finanzieren, obwohl sie vorgeben, deren unabhängige Berater zu sein.

Ernüchternd ist auch die Bilanz der Versuche, dieser Verflachung politischer Analyse, Positionierung und Strategie neue Ansätze entgegenzusetzen.

- Die erste Auflage dieses Buches stand bereits in einer Debatte um eine tiefgreifende Kritik an der realexistierenden Umweltpolitik sowie der Entwicklung neuer Ansätze. Aus ihr heraus wurden etliche Positionspapiere entwickelt, die Internetseite <http://go.to/umwelt> füllte sich mit Inhalten, Aktionsideen und Diskussionen. Ende 1997 erschien die erste Ausgabe der unabhängigen, emanzipatorischen Umweltzeitung Ö-Punkte, konkrete Projekte starteten sowie Aktionen und Veranstaltungen. Das Ganze vernetzte sich unter dem Namen „Umweltschutz von unten“, der zweite Band zu „Agenda, Expo, Sponsoring“ formulierte die Perspektiven und Ansätze einer solche Umweltarbeit, Workshops auf Kongressen und regelmäßige Rundbriefe hätten eine Verbreitung der Idee erreichen können. Die „Ö-Punkte“ erreichte eine Auflage bis 14.000 Stück, einige Aktionen gelangten zwar in die Fernsehnachrichten, z.B. bei der Tagung „Neue Umweltallianzen 2001“ in Berlin, wo SpitzenfunktionärInnen von Grünen, Umwelt-NGOs und Großkonzernen die zukünftige Umweltpolitik diskutieren wollten. Alles aber erreichte in der Umweltbewegung nur wenige – abgeblockt von den Zentralen der Verbände und den dominanten Zirkeln in Bewegungen und bewegungsnahen Medien. Kein Projekt fand jemals den Weg in eine der Verbandschriften. Die „Ö-Punkte“ wurden zwar über viele Basisgruppen-Verteiler verschickt – aber kein (!) bundesweiter Verband unterstützte die Idee und verteilte die Zeitung. Ende 2001 wurde die Zeitung auch deshalb eingestellt, um diese Situation deutlich zu dokumentieren und nicht einfach weiterzumachen, während die damit verbundene Idee eines „Umweltschutz von unten“ längst erledigt war.
- 1998 begann auch in Deutschland die international schon laufende Diskussion um kreative politische Aktions- und Organisationsformen jenseits von Monotonie, Zentralen und Hierarchie. Die klassischen Formen, einerseits die NGOs und Verbände, andererseits erstarrte, von informellen Dominanzen durchzogene, meist auf nur Einzelthemen bezogene „linksradikale“ Gruppen, erschienen nicht mehr als geeignet, gesellschaftlich

in Diskussionsprozesse einzuwirken. Aus verschiedenen thematischen Zusammenhängen kamen Menschen in der Vorbereitung der Aktionen gegen die Expo 2000 zusammen, um hier andere Ansätze zu verwirklichen. Tatsächlich sieht der Versuch in der Rückschau interessant aus: Es gab Auseinandersetzungen über Organisationsformen jenseits von Hierarchie (Vorstände, Steuerungsgruppen, informelle Zirkel) und Zentralismus (Plenum, Vollversammlung). Auf der inhaltlichen Ebene erschienen mehrere Reader, Sonderausgabe von Zeitschriften usw. mit Texten zu Organisationsfragen, zu politischen Positionen und Visionen. Die Idee direkter Aktion sollte in den Mittelpunkt rücken. Hinzu kamen zwei Projekte, die sich sogar mit gesellschaftlichen Visionen auseinandersetzten, zum einen ein Ausstellungsprojekt von Gruppen aus dem Bodenseeraum, zum anderen die Gruppe „Gegenbilder“ mit ihrem Buch „Freie Menschen in Freien Vereinbarungen“ (siehe www.opentheory.org/gegenbilder). Doch der Versuch scheiterte – an eigenen Fehlern und an der Gegenwehr nicht nur seitens Industrie und Staat, sondern auch politischer Gruppen mit Angst um ihre Staats- und Wirtschaftskontakte oder vor dem Verlust ihrer Dominanz. Einerseits waren das die Umweltverbände und NGOs, die offen oder verdeckt auf der Expo mitwirkten, andererseits ein erheblicher Teil „linker“ Strukturen, die an ihren Seilschaften, verkrusteten Strukturen und herkömmlichen Aktionsformen festhalten wollten. So wurden im Vorfeld der Aktionen Flugblätter zum Boykott verteilt, z.B. aus autonomen Gruppen oder von der Partei „Ökologische Linke“. Das Aktionskonzeptes am Eröffnungstag der Expo scheiterte: Eine Blockade der Expo war nicht möglich, weil es kaum BesucherInnen gab – Alternativaktionen waren nicht überlegt (welch fataler Fehler) und die meisten erfahrenen AktivistInnen („Wichtig-Leute“) doch wieder in den Koordinationsstrukturen, d.h. die informellen Dominanzen entstanden sofort wieder. Nur in kleinen Kreisen gab es eine intensive Auswertung der Vorbereitung und Umsetzung. Bei nachfolgenden Aktivitäten (z.B. der Mobilisierung zum IWF/Weltbanktreffen nach Prag im September 2000) waren alte Dominanzverhältnisse wieder wirksam.

Auf beide Themen, die Ansätze emanzipatorischer Politik und die Entwicklung kreativer Organisationsformen „von unten“ hatte sich auch die Debatte konzentriert, aus der auch das nach wie vor aktuelle Buch „Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“ zu verstehen ist. Ihr Scheitern zerriß auch die Vernetzung um „Umweltschutz von unten“. Zumindest im deutschsprachigen Raum gab es keine größeren Projekte, Strategiedebatten oder Aktionen mehr, die das Ziel emanzipatorischer Politik, des Abbaus von Herrschaft in allen Erscheinungsformen und der Formulierung herrschaftsfreier, visionärer Gesellschaftsformen offensiv vertreten hätten. Übrig sind als politische Praxis die staats- und marktnahe Arbeit der NGOs, die Aufrechterhaltung traditioneller Strukturen und Arbeitsplätze der FunktionärInnen durch permanentes Antragstellen beim Geldgeber Staat und eine eventorientierte Reaktion auf Naziaufmärsche, Castoren oder internationale Tagungen. Anders als z.B. in Italien oder Großbritannien gab es kaum Ansätze, Basis-Bewegungen oder Organisationen von unten voranzutreiben. Jede Aktion begann beim Nullpunkt und funktionierte über intransparente Mobilisierungen: Von „irgendwo“ tauchten Plakate, Aufrufe und Broschüren auf – und wenn es gut lief, starteten dann Menschen per Zug, Auto oder Bus meist völlig unvorbereitet als „KonsumentInnen“ einer Aktion. In Deutschland fehlte bis auf Ausnahmen jegliche Vermittlung. Exemplarisch waren immer wieder die Anti-Castor-Aktionen. Fast alle AkteurInnen fahren ohne konkrete Aktionsidee vor Ort und hoffen auf die Vorbereitungsarbeit anderer. Die inhaltliche Vermittlung ist kaum oder gar nicht

vorhanden – Schienen-Sitzblockaden mit dem Transparent „Castor stoppen“ oder Blockaden mit Werbeschriftzug „Robin Wood“ zeigen deutlich, daß hier riesige Chancen vertan werden, politische Positionen bis hin zu Visionen einer atomkraft- oder ganz herrschaftsfreien Welt zu vermitteln. Gruppen, die tatsächlich Aktionen durchführen, zeigen als inhaltliche Vermittlung das Verbandslogo auf der Kleidung und lassen sich von den Umwelt-NGOs instrumentalisieren, die geschickt mit ihren Hauptamtlichen die Fehler der Basisgruppen nutzen, in der Öffentlichkeit ihre Aktion erklären – bis zu Distanzierungen von Militanz. Der Verzicht auf Organisation und Vermittlung inhaltlicher Positionen geschieht trotz besseren Wissens. Die Diskussionen werden ständig eingefordert, jedoch sind die meisten Basisgruppen aufgrund ihrer strukturellen Einbindung in die herrschaftsförmige Alltagswelt (Feierabend-AktivistInnen mit Sorge um Ausbildungs- oder Arbeitsplatz, Verlustängste, Beziehungsstreß), ihrem Unwillen zur Klärung politischer Positionen und zur Aneignung von Möglichkeiten (technisches Aktions-Know-How, vorbereitete Öffentlichkeitsarbeit) gar nicht bereit, sie zu führen. Die überregionalen Teile der Umwelt-NGOs führen gar keine herrschaftskritische Strategiedebatte und haben seit Jahren ein rein instrumentelles Verhältnis zu ihrer Basis, d.h. diese soll vor allem die Kampagnen, Unterschriften- oder Spendensammlungen usw. der Zentralen umsetzen – eine gezielte Schulung und Unterstützung, die eigenständiges Agieren ermöglicht, findet nicht statt. BUND, BBU, NABU & Co. benutzen Aktionen wie den Castor-Widerstand, um sich in den Medien als wichtige Organisationen zu präsentieren – was neue Mitglieder, Spenden und Imagegewinn bringt. Die, deren Aktionen sie nutzen, unterstützten sie kaum, z.T. distanzieren sie sich von ihnen. WEED, Attac & Co. instrumentalisieren in gleicher Weise die internationalen Protesten – sie tun wenig für die tatsächliche Aktionsvorbereitung, aber schöpfen die gesamte Aufmerksamkeit ab und drücken den Aktionen auch ihre Inhalte auf. So verbreitete Attac erfolgreich über die Medien, daß die DemonstrantInnen z.B. im Jahr 2001 in Genua oder Brüssel unter anderen oder sogar vor allem die Tobin Tax gefordert hätten, was nicht stimmte. Die Medien übernahmen diese Verdrehung aber gern, hätten sie sonst doch die grundlegenden Positionen vermelden müssen.

Der bedrückende Verlauf konkreter Projekte und Aktionen zeigte, daß es keinen Bedarf für ein emanzipatorische Ökologieprojekte gab, daß Umweltschutz in Verbindung mit Herrschaftskritik in vielen „linken“ Kreisen uninteressant war – wie alle anderen Politikfelder auch, die mehr wären als ein „Eventhopping“ zu Castortransporten, Naziaufmärschen oder, seit 1999 neu hinzugekommen, internationalen Finanz- und Politiktreffen. Die gesellschaftliche Analyse der AkteurInnen in politischen Gruppen ist meist recht flach – da unterscheidet sich Umweltschutz nicht von anderen Themen. So konnten für konkrete Vorhaben der Idee „Umweltschutz von unten“ kaum Menschen und nie Institutionen gewonnen werden.

- Im Jahr 2000 startete das Projekt „Ökostrom von unten“, um der marktorientierten Ökostrombranche eine emanzipatorische Idee entgegenzusetzen. Doch bis hin zu sich sonst eher als radikal verstehenden Anti-Atom-Gruppen lehnten alle das Projekt Ökostrom von unten als nicht vermittelbar ab und unterstützten die marktförmigen, oft sehr zweifelhaften Ökostromangebote. Basisgruppen waren nicht selbst die AkteurInnen, sondern nur Ausführende einer von oben organisierten Kampagne.
- Mehrere kleinere, direkte Aktionen aus dem Umweltschutz-von-unten-Netzwerk blieben in ihrer Wirkung begrenzt, weil selten mehr als ca. 4 Aktive zusammenkamen. Beispiele sind die Aktionen im Januar und Februar 2001 auf der Grünes-Geld-Messe und der Kon-

- ferenz „Neue Umweltallianzen“ (siehe www.projektwerkstatt.de/aktuelles/ukonfer.htm).
- Die Klimakonferenz in Bonn (Juli 2001) bot das deutlichste Bild. Alle Umwelt-NGOs unterstützten schon im Vorfeld und noch entschiedener auf der Konferenz die Bundesregierung. Aus deutschen Umweltschutzkreisen gab es nur sehr wenige kritische Stimmen zum neoliberalen und kolonialistischen Kyoto-Protokoll – einmal von der zum Klimagipfel neu gegründeten, recht unerfahrenen Bonner Gruppe Risingtide, die allerdings nicht wagte, eine klare Ablehnung zu formulieren, sondern mit einer langen Liste von Detailkritik auftrat, die sich öffentlich nicht vermitteln ließ. Zum anderen waren wenige AkteurInnen aus dem Umweltschutz-von-unten-Netzwerk anwesend. Sie organisierten nur wenig eigene Pressearbeit, Aktionen usw. Mit dabei waren zudem ca. 100 meist jüngere Menschen aus anderen Ländern vor allem Europas dabei, die sich der Unentschlossenheit von Risingtide zugehörig fühlten. Ihnen gegenüber stand ein Riesenaufgebot an NGOs und ökoneoliberalen Firmen, die sich für das Kyoto-Protokoll genauso einsetzen wie „normale“ Konzerne und die EU-Regierungen. In dieser Konstellation war eine Vermittlung der kritischen Position völlig ausgeschlossen. Zwar waren die beschriebenen KritikerInnen die einzigen AkteurInnen auf der Straße (während der Hauptphase der Konferenz), aber NGOs und Medien verdrehten sehr bewußt die dort sichtbare Position. Jeden Tag stand in den Zeitungen, daß es Aktionen für die Position von EU-Regierungen und NGOs gegeben habe. Auf Nachfrage an die JournalistInnen war denen die Lüge durchaus bewußt, aber es war klares Ziel, Unterstützung für die „gute“ EU und gegen die „böse“ USA zu organisieren.

Summa summarum kann ich nicht anders, als festzustellen, daß die Bemühungen um eine Organisierung von unten und die Vermittlung herrschaftskritischer Politik insgesamt sowie speziell im Umweltschutz bislang fehlgeschlagen sind. Ungebrochen empfinde ich aber die Notwendigkeit und auch meine Lust auf visionäre Politik, eine emanzipatorische Praxis und die kreative Widerständigkeit gegenüber institutioneller Herrschaft, aber auch dort, wo Politik oft ausgeblendet wird – nämlich im Alltag. Seit Ende 2001 gibt es eine neue Debatte um Strategie und Praxis einer Organisierung von unten. Sie ist verbunden mit Ideen kreativen Widerstands, direkter Aktion, offensiver Antirepression und hierarchiefeindlichen Organisierungsformen – estmals sichtbar bei den kreativen Aktionen und der „Offenen Presseplattform“ während der Anti-NATO-Aktionen im Februar 2002 in München. Teil dieser Debatte sind Visionen und Utopien, hierarchiefreie Methoden der Gruppenarbeit, der Kommunikation und die Selbstorganisation in Alltag und Politik. Wer die Debatte verfolgen oder mitmachen will, ist auf www.hoppetosse.net genau richtig.

www.hoppetosse.net genau richtig.

Jörg Bergstedt, April 2002

Technische Hinweise

^{www} bedeutet: Umfangreichere Informationen auf der Internetseite zum Buch:
www.projektwerkstatt.de/oekofilz.



Die zwei Bücher zur Debatte:

Freie Menschen in Freien Vereinbarungen (Entwürfe herrschaftsfreier Gesellschaft), erschienen im Selbstverlag der Projektwerkstatt (www.projektwerkstatt.de)



Agenda, Expo, Sponsoring – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit (IKO-Verlag)

Die weiteren Bücher dieser Reihe erscheinen im IKO-Verlag.